

*[Handwritten signatures]*

**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT**  
**CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

50X1-HUM

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Official Bulletin of the East German Ministry of Foreign and All-German Trade (Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aussenhandel und Innerdeutschen Handel)	DATE DISTR.	<i>10 Sept 59</i>
		NO. PAGES	1
		REFERENCES	
DATE OF INFO.			
PLACE & DATE ACQ.			

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE. 50X1-HUM

Verfuegungen und Mitteilungen  
des Ministeriums fuer Aussenhandel und Innerdeutschen Handel, No. 5, dated  
15 May 1959, classified "For Official Use only" (Nur fuer den Dienstgebrauch).  
The bulletin contains the following articles:

1. Implementation of Operative Plan Changes in the Movement of Goods in Foreign and All-German Trade during the 1959 Plan Year. Anlage 1 to the article lists the commodities of the greatest importance (Schwerpunktpositionen): brown coal briquettes, potash products, nitrogen fertilizer, writing and printing paper, newsprint, carburetor fuel, diesel fuel, sulphur, PVC powder, synthetic rubber, refined beet sugar, and rayon (Zellwolle B and W). The trade agencies responsible for the commodities are listed, but amounts to be imported or exported are not indicated. Blank forms are attached.
2. Subordination and Definition of the Activities of the Domestic Price Adjusters of Foreign Trade Enterprises. The photographic print is very badly blurred; only about half of the article is readable.
3. Regulations for Travelers Concerning the Transporting of All Kinds of Articles in Travel between Foreign Countries, the German Federal Republic and West Berlin, and East Germany. Permissible amounts of such items as coffee, chocolate, tobacco, meat and meat products are given. Specific instructions for members of official delegations traveling to East Germany, and for East German delegations traveling outside the country, are included.
4. Domestic Trade: Anticipation of Agreements to Be Made for 1960. Estimated values in accounting units (VE) of trade between East and West Germany.
5. Several regulations concerning trade between East Germany, ~~and other member countries~~, and other countries are included.

Distribution of Attachment (12 pages in German):

--

S-E-C-R-E-T

*09-14-40*

50X1-HUM

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC				
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)														

**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT**

# Verfügungen und Mitteilungen

## des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

1959	Berlin, den 15. Mai	Nr. 5
------	---------------------	-------

### Inhaltsverzeichnis

<b>I. Verfügungen</b>		
Nr. 124:	Durchführung operativer Planänderungen in der Warenbewegung im Außenhandel und innerdeutschen Handel im Laufe des Planjahres 1959 .....	51
Nr. 125:	Fi 5.59 Unterstellungsverhältnis und Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Inlandspreisbearbeiter der Außenhandelsunternehmen .....	57
Nr. 126:	3. Änderung der Verfügung Nr. 63 — Versand von Mustern sowie von Ersatzlieferungen aus Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen im innerdeutschen Handel .....	57
Nr. 127:	Mitnahme von Gegenständen aller Art im Reiseverkehr zwischen dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik sowie Westberlin und der DDR .....	53
<b>II. Mitteilungen</b>		
Innerdeutscher Handel:	Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen .....	59
Recht:	Bekanntmachung des Protokolls zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) — DDR/Rumänische VR — .....	60
	Dirktversand durch Unter- bzw. Zulieferanten der Herstellerbetriebe von Exportwaren in das Ausland .....	60
	Anordnung über die Ausfuhr und Einfuhr von Werbematerial im Außenhandel und innerdeutschen Handel .....	61

### I. Verfügungen

#### Verfügung Nr. 124: Durchführung operativer Planänderungen in der Warenbewegung im Außenhandel und innerdeutschen Handel im Laufe des Planjahres 1959

10. 4. 59/1-52/App. 413

Zur Realisierung der Forderungen des Gesetzes vom 11. 2. 1958 zur Verwirklichung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates und auf der Grundlage der Verfügung der Staatslichen Plankommission über das Verfahren zur operativen Änderung von Aufgaben im Export und Import wurde die nachstehende für den gesamten Bereich des Außenhandels verbindliche Verfügung erarbeitet.

Sie regelt die Form der Durchführung aller operativen Veränderungen des Warenbewegungsplanes (einschließlich Reexporte und Lohnveredelungen) sowie ihre Auswirkungen auf den Valutaplan. Sie ist zur Sicherung der Erfüllung des Außenhandelsplanes sowie zur Einhaltung und Festigung der Plandisziplin von besonderer Bedeutung. Hierbei wird davon ausgegangen, daß bei grundsätzlicher Einhaltung der für die Plancrinsschrift gestellten Aufgaben die erforderlichen operativen Änderungen weitestgehend durch die Leistungen der AHU zu entscheiden sind und das Ausmaß der erforderlichen Änderungsanträge auf ein Minimum zu beschränken ist. Ihre strikte Einhaltung fordert die Eigenverantwortlichkeit der AHU und führt zu größeren Selbständigkeit der Mitarbeiter in den AHU.

##### I. Allgemeine Grundsätze

- All erforderlichen Planänderungen im Laufe des Planjahres sind entsprechend dieser Verfügung durchzuführen einschließlich der zusätzlichen Warenbewegungen aus der Steckenaufbewahrung.

2. Sämtliche sich aus dieser Verfügung ergebenden Planänderungen haben keinen Einfluß auf die Reinschrift des Planes, die unabhängig davon für das AHU die Abrechnungsgrundlage darstellt. Unter- oder Übererfüllungen des bestätigten Außenhandelsplanes auf Grund operativer Änderungen sind in den Analysen zu begründen. Die Berücksichtigung der operativen Planänderung auf andere Teilpläne sowie für Zwecke der Erreichung der Zuführungen zum Betriebspfennings werden gesondert geregelt. Als Grundlage für den überbetrieblichen Wettbewerb gelten die Werte der Plancrinsschrift einschließlich der durch das MAI angewiesenen operativen Planänderungen. Eine Berücksichtigung der durch das AHU in eigener Zuständigkeit durchgeführten operativen Planänderungen erfolgt nicht.

3. Bei allen durchzuführenden Planänderungen muß davon ausgegangen werden, daß der Außenhandel der DDR auf bilateraler Grundlage erfolgt und die im Plan vorgesehenen Importe nur dann geichert sind, wenn die Exportleistungen und Valutainnahmen in den einzelnen Ländern entsprechend den im Plan enthaltenen Aufgaben erfolgen. Diese unbedingte Notwendigkeit, eine Verschlechterung der im Plan vorgesehenen Zahlungsbilanz zu verhindern, gilt in erster Linie in bezug auf die kapitalistischen Länder. Ebenso dürfen operative Planänderungen grundsätzlich

die in den Abkommenvereinbarungen im Sozialistischen Wirtschaftsgebiet (SW) und Kapitalistischen Wirtschaftsgebiet (KW) festgelegten Ex- und Importverhältnissen nicht beeinträchtigen.

4. Die von den AHU nach dieser Verfügung zu beantragenden Planänderungen dürfen erst nach Vorlage des Bestätigungsbeschreibens der HA Planung durchgeführt werden. Die abgelehnten Anträge werden den AHU mit entsprechender Begründung zurückgegeben.

5. Die Durchführung von zusätzlichen Importen auf Grund von Valutaeinsparungen ist ohne Genehmigung durch das MAI nicht statthaft, auch wenn hierdurch das in der Reisechrift bestätigte Importgewamtvolume nicht überschritten wird.

6. Operative Planänderungen bei Planpositionen der Staatsplannomiklatur

- a) Exporterhöhungen und -senkungen,
- b) Importerhöhungen und -senkungen,
- c) Verlagerung von Kontingenten innerhalb und zwischen den Wirtschaftsgebieten beim Ex- und Import.

Bei operativen Planänderungen, die durch die HA Planung angewiesen werden, ist die Landeaufstellung von der HA Planung in Absprache mit den HA Handelspolitik und dem Bereich Valuta festzulegen. In den Fällen a) und b) sind vom AHU entsprechende Anträge der HA Planung nur einzureichen, soweit diese Änderungen nicht bereits durch die HA Planung angewiesen wurden.

Bei Verlagerungen c) sind Anträge nur einzureichen, wenn hierzu handelspolitische Schwerpunktpositionen (s. Anlage 1) betroffen werden. Im übrigen gilt das gleiche wie zu 7 c).

7. Operative Planänderungen bei allen übrigen Positionen

- a) Exporterhöhungen und -senkungen,
- b) Importerhöhungen und -senkungen,
- c) Verlagerungen von Kontingenten innerhalb und zwischen den Wirtschaftsgebieten beim Ex- und Import.

Grundsätzlich sind für alle übrigen Positionen operative Planänderungen ohne Antragstellung vom AHU eigenverantwortlich unter Beachtung der Ziff. 3 dieser Verfügung durchzuführen.

Zu a) Bei Exporterhöhungen ist ein wertmäßiger Ausgleich durch den zusätzlichen Export anderer Waren oder durch Importerhöhungen im gleichen Land und inzwischen herbeizuführen.

Zu b) Importerhöhungen dürfen nur dann in eigener Zuständigkeit durchgeführt werden, wenn diese durch Importerhöhungen im gleichen Land und insgesamt wertmäßig ausgeglichen werden. Hierbei kann es sich ausschließlich um Veränderungen der Spezifikation durch den Kontingenträger handeln. Ein Ausgleich durch Exporterhöhungen ist nicht zulässig.

Zu c) Bei Ex- und Importverlagerungen innerhalb und zwischen den Wirtschaftsgebieten sind die bestätigten Länder- und Wirtschaftsgebietsvolumina einzuhalten.

Als Ausnahme von dieser Regelung können

- aa) Exportverlagerungen vom sozialistischen Wirtschaftsgebiet nach dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet und
- bb) Importverlagerungen aus dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet nach dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet

ohne Wertausgleich durchgeführt werden, wobei die Vereinbarungen in den Abkommen mit den sozialistischen als auch mit den einzelnen kapitalistischen Ländern unbedingt einzuhalten sind. Ist die Einhaltung der Abkommenvereinbarungen in Ausnahmefällen nicht möglich, so ist die Zustimmung des Stellvertreters des Ministers für Handelspolitik einzuholen.

Eine Verschlechterung des wertmäßigen Quartalsvolumens des Valutaplans im KW darf durch die operativen Planänderungen gemäß Ziff. 7 a bis e nicht erfolgen.

8. Alle operativen Planänderungen (hierzu Planpositionen Ziff. 7 a und b) bedürfen der Zustimmung der zuständigen balanzierenden Wirtschaftsorgane (Staatliche Kontore, VVR bzw. Leibtreibbe) und sind mit diesen auf der Wertbasis „DM-Betriebspreis“ schriftlich zu vereinbaren.

9. Planerhöhungen bei Angaben der kommerziellen Dienstleistungen können bis zur Höhe von 2% pro Wirtschaftsgebiet im Jahr von den AHU eigenverantwortlich durchgeführt werden. Darauf hinzu sind Erhöhungen und sinken bei der HA Planung zu befragen.

Planverlagerungen innerhalb der Wirtschaftsgebiete sind generell vom AHU zu entscheiden.

10. Bei der Durchführung operativer Planänderungen sind stets neben handelspolitischen Belangen die Ergebnisse der Rentabilitätsuntersuchungen zu berücksichtigen. Eine Verschlechterung des ökonomischen Ergebnisses ist nach Möglichkeit zu vermeiden.

11. Werden gemäß Abschnitt I, Ziff. 6 Abs. 2, dieser Verfügung operative Planänderungen durch die HA Planung angewiesen, so sind hierfür die Auswirkungen auf den Preisangleich entsprechend der Flankenauslastung gemäß Formblatt 1410/1 (Warenbewegungsbuch) von den AHU zu ermitteln und der HA Planung einzurichten.

## II. Verfahrensweise

1. Alle entsprechend den vorstehenden Grundsätzen zu beantragenden operativen Planänderungen sind auf den dafür vorgesehenen Antrag-Formularen (Anlage 2)
  - a) für Erhöhungen und Senkungen von Positionen der Staatsplannomiklatur 5fach,
  - b) für alle übrigen Veränderungen 5fachan die HA Planung einzureichen, wobei für die unter b genannten Veränderungen nur dann Anträge zu stellen sind, wenn die Forderungen gemäß Abschnitt I, Ziff. 6 c bzw. 7 a-e, vom AHU nicht erfüllt werden können.

2. Die Bearbeitung und Entscheidung der zu stellenden Anträge erfolgt spätestens innerhalb 8 Tagen nach Eingang bei der HA Planung.

3. Die gemäß Abschnitt I, Ziff. 11, dieser Verfügung ermittelten Preisangleichsveränderungen sind in einfacher Ausfertigung 8 Tage nach erledigter Planänderungsaufgabe durch das MAI vom AHU der HA Planung einzureichen.

## III. Berichterstattung

1. Alle von der HA Planung genehmigten sowie die von den AHU eigenverantwortlich durchzuführten operativen Planänderungen (Erhöhungen, Senkungen und Verlagerungen) sowohl bei Staatsplan- als auch bei übrigen Positionen sind spätestens am 2. eines jeden Quartals in ihrem Wertvolumen in einer Gesamtaufstellung nach bestlegendem Muster (Anlage 3 c) der HA Planung 2fach mitzuteilen.
2. Die Aufstellung ist getrennt für den Ex- und Import kumulativ auszufertigen. Für jedes Wirtschaftsgebiet (SW, KW) ist ein besonderes Formblatt zu verwenden.
3. Die Aufstellungen je Wirtschaftsgebiet unterteilen sich entsprechend der festgelegten Ländernomiklatur, wobei das Formblatt SW den Gesamtzuweis des AHU und das Formblatt KW die Zwischenadditionen der Wirtschaftsgebiete und beim IDH die Gliederung nach Unterkonten enthalten muß.
4. Die Anlage 3 b beinhaltet eine Quartalaufstellung der Spalten 14 und 15 aus der Anlage 3 a.

5. Sämtliche Import-Planänderungen und -Senkungen sowie Importveränderungen für Importfinanzierungspositionen sind, einschließlich KW betrifft, ebenfalls in ihrem Wertvolumen getrennt, also 2. Jahr Monat für den vorangegangenen Monat, unterteilt in I. und II. Halbjahr, ähnlich wie Anlage 3 c einzurichten.

Importfinanzierungspositionen sind solche Schwerpunktpositionen, für die entsprechend der neuen Methode der Importfinanzierung die Valutazuteilung durch die HA-Planung nach Wert- und Warenkontingenten durchgeführt wird. Diese Positionen sind den Valutatypen der einzelnen AHU bekannt.

#### IV. Erläuterung der Formblätter

Die Anfrage, Quartalsübersichten und Monat übersichten sind entsprechend den belegten Mustern von den einzelnen AHU selbst anzufertigen.

##### A) Antragsformular

1. Ab Zeile 3 findet eine Länderaufteilung der operativen Planänderungen statt.
2. Abweichungen zwischen den auszuweisenden Werten des Warenbewegungsplanes und des Valutaplans auf Grund der beantragten Veränderungen ergeben sich in den Quartalen aus der Differenz zwischen Warenbewegung und Valutazahlung. Der Gesamtwert in Spalte 3 muß in beiden Positionen (Warenbewegungs- und Valutaplan) übereinstimmen, da eine Senkung des Valuta-Aufkommens bzw. Erhöhung des Valuta-Bedarfs nicht zugelassen werden kann.

##### B) Quartalsmeldungen und Monatsmeldungen

- a) Übericht über die im Berichtszeitraum durchzuführenden Änderungen (Anl. 3 a)
1. Die Quartalsmeldung beinhaltet sämtliche operativen Planänderungen,
  - a) die von der HA-Planung angewiesen,
  - b) die auf Antragstellung des AHU von der HA-Planung genehmigt und
  - c) in eigener Zuständigkeit des AHU durchgeführt wurden, unter Zugrundelegung der bestätigten Plauschrechnung.

2. Die Zeilen „Gesamt“ der Spalten 2–17 beinhalten sämtliche operativen Planänderungen, die im jeweiligen Berichtszeitraum insgesamt durchgeführt wurden (kumulative Werte ab 1. 1. 1959). In den darunterstehenden Zeilen „Planstand am Ende des Berichtszeitraumes“ ist einzutragen der Saldo je Währungsgebiet, der sich ergibt aus der Summe der Zu- und Abgänge der operativen Planänderungen zugleich der Werte der bestätigten Plauschrechnung des Außenhandelsplanes.

3. Der Gesamtwert in den Spalten 2 und 3 muß mit dem Gesamtwert der Spalten 14 und 15 übereinstimmen, da eine Senkung des Valuta-Aufkommens bzw. Erhöhung des Valuta-Bedarfs nicht statthaft ist.

- b) Quartalsübersicht über die im Berichtszeitraum durchgeführten Planänderungen (Anl. 3 b).

In dieser Übersicht erfolgt eine Quartalsaufteilung der operativen Veränderungen im Valutaplan. Sie ist kumulativ zu erarbeiten und muß insgesamt mit den Werten in Spalten 14 und 15 (Anl. 3 a) übereinstimmen.

- c) Monatsübersicht der operativen Planänderungen bei Importfinanzierungspositionen (Anl. 3 c)

1. Diese Übersicht wird ausschließlich für Importveränderungen im KW erarbeitet und beinhaltet nur die im Berichtsmonat erfolgten Veränderungen je Importfinanzierungsposition (nicht kumulativ) nach Ländern.

2. Sie enthält die gleiche Ländernomenklatur wie Anlage 3 a (KW). Es sind jedoch hier nur die Länder und Importfinanzierungspositionen auszuweisen, die in dem betreffenden Berichtsmonat eine Veränderung erfahren haben.

#### V. Schlussbestimmungen

Die Verfügung gilt ab sofort und umfaßt alle Veränderungen gegenüber der Plauschrechnung 1959. Alle bisher ergangenen schriftlichen und mündlichen Anweisungen über die Durchführung operativer Planänderungen im Außenhandel und innerdeutschen Handel sind ungültig.

gez. Huttendorf  
Staatssekretär

#### Anlage 1

##### Liste der Schwerpunktpositionen

###### Bergbau-Handel GmbH

- 12 12 310 Braunkohlenbriketts
- 12 71 200 Kali-Erzeugnisse
- 14 11 810 Stickstoffdünger

###### VEH DIA Holz und Papier

- 33 13 200 Schreib- und Druckpapier
- 33 13 100 Zeitungsdreieckpapier

###### Mineralföls Import und Export GmbH

- 14 81 210 Vergaserkraftstoff
- 14 82 230 Diesekraftstoff

###### VEH DIA Chemie

- 14 11 110 Schwefel
- 14 51 210 PVC-Pulver
- 14 71 111 Synthetischer Kautschuk

###### Deutsche Genussmittel GmbH

- 37 04 200 Weißzucker aus Rüben

###### VEH DIA Textil

- 14 92 160 Zellwolle B
- 14 92 200 Zellwolle W

**Anlage 2**

Expert Import	Antrags-Nr. Auf Erhöhung, Senkung, Verlängerung von Kontingenten	Datum: Bearbeiter: Telefon:					
Erzeugnisgruppe-Nr. Planperiode-Zeitzählung laut Schlüsselcode	Planned-Nr.: ME	AHU					
	Gesamt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
	1	2	3	4	5	6	7
Plankontingent laut Rönschift	Menge Wert (Warenbeweg.) Inlandspr. in TDM						
Gewünschte Veränderung (Erhöhung, Senkung Verlängerung)	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan) Inlandspr. in TDM						
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)						
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)						
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)						
Land:	Menge Wert (Warenbeweg.) Wert (Valutaplan)						
Werte = TDM Valutagegenwert einschl. PA I (fob-Werte)							

**Al Seiteige Begründung des Antrages**

Unterschriften:

Generaldirektor

Planungsleiter

Lieferbetrieb:

Stellungnahme der VVB und des Staatl. Kontors zum Antrag

Unterschriften:

Raum für im Bedarfsfall erforderliche Bestätigungen und Unterschrift:

zuständiges Referat der HV:

Datum:

Beteiligte Landesreferate  
der zuständ. Handelspol.

Land:

Datum:

Land:

Datum:

Land:

Datum:

HA Planung Bereich Valuta des MAI:

Datum:

Bemerkungen:

**Muster**

**Anlage 3 a**

**Übersicht über die im Berichtszeitraum ..... durchgeführten Planänderungen**

AHU Land	*) Export		*) Import															
	Waren- bewegungspl. gesamt		II. Quartal		III. Quartal		IV. Quartal		davon: **) Erz.-Gr.		Erz.-Gr.		Volumtplan -volumen		Betrifft -preis gesamt			
	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
<b>AHU gesamt</b>																		
<b>Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes ges.</b>																		
<b>Sow. Weltmarkt gesamt</b>																		
<b>Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes</b>																		
<b>UDSSR Albanien gew.</b>																		
<b>Kap. Weltmarkt gesamt</b>																		
<b>Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes</b>																		
<b>dav. VW gesamt</b>																		
<b>Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes</b>																		
<b>Finnland gew. dav. FD gesamt</b>																		
<b>Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes</b>																		
<b>dav. IDH gesamt</b>																		
<b>Planstand am Ende d. Berichts- zeitraumes</b>																		
<b>Unterkonto Unterkonto Unterkonto</b>																		

\*); Nichtzufließende Sterichen.

\*\*); Die Veränderungen in den Erz.-Gr. sind nur in den Wirtschaftsbereichen SW und KW gesamt zu erheben und in der Zeile Berichtszeitraum SW und KW.

**Anlage 3 b****Quartalsübersicht über die im Berichtszeitraum ..... durchgeführten Planänderungen**

AHU	Export		Werte in TDM									
	Import		Valutaplan gesamt		I. Quartal		II. Quartal		III. Quartal		IV. Quartal	
	Land	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
<b>AHU gesamt</b>												
<b>Plan am Ende des Berichtszeitraumes gesamt</b>												
<b>Soz. Weltmarkt gesamt</b>												
<b>Formblatt soz. Wirtschaftsgebiet</b>												
<b>Plan am Ende des Berichtszeitraumes gesamt</b>												
<b>UdSSR</b>												
<b>Albanien</b>												
<b>KW gesamt</b>												
<b>Formblatt kap. Wirtschaftsgebiet</b>												
<b>Plan am Ende des Berichtszeitraumes gesamt</b>												
<b>Unterteilung laut Länder- bzw. Währungsgebiet-Nomenklatur</b>												

**Muster****Anlage 3 c**

AHU	Import*)		Muster					
			Warenbewegungsplan		Planposition		davon:	
	Land	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
	1	2	3	4	5	6	7	

\*) Nur für Import-Planveränderungen im KW auszufüllen!

**Vorlegung Nr. 125: Fi 5/59 Unterstellungsverhältnis und Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Inlandspreisbearbeiter der Außenhandelsunternehmen** 17. 4. 39 02 00 App. 3592

**I. Unterstellungsverhältnis**

1. In den AHU ist ein Referat Inlandspreise zu bilden, in dem die bisherigen Bearbeiter für Festpreisregelungen und für die Bildung von Importabgabepreisen zusammenzufassen sind.
2. Das Referat Inlandspreise ist dem Leiter der Abteilung bzw. dem Referat Märkte und Preise zu unterstellen.
3. Die Inlandspreisbearbeiter dürfen zu Arbeiten außerhalb ihres Arbeitsgebietes nur dann herangezogen werden, wenn die Aufgaben der Inlandspreisbildung erfüllt sind.

**II. Aufgaben des Referats Inlandspreise**

Die Inlandspreisbearbeiter in den AHU erhalten die grundlegenden Anweisungen für ihren Tätigkeitsbereich vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Abt. Inlandspreise, unterliegen dessen Kontrolle und sind gegenüber dieser Abteilung und dem Generaldirektor des AHU über die Erfüllung der Aufgaben rechenschaftspflichtig.

**A. Allgemeine Aufgaben**

1. In den Kontoren und Abteilungen sind die preispolitischen Maßnahmen der Regierung der DDR, der Inhalt von Preisabschreibungen (PAO) und deren Ausführung – die das jeweilige AHU betreffen – zu überwachen.
2. Aus den Kosten- und Absatzberichten sind die Angaben zur Verteilung der Gewinne und Verluste der Unternehmen zu überprüfen und willkürlich zu ändern, falls dies die tatsächlichen Verhältnisse nicht mehr widerspiegeln.
3. Die Preisabschreibungen sind zu kontrollieren und zu überprüfen, ob sie den tatsächlichen Wirtschaftsbedingungen entsprechen.
4. Die Preisabschreibungen sind im Kontorplan zu überprüfen, ob sie mit den tatsächlichen Kosten je nach Art und Menge der Produkte den tatsächlichen Preisabschreibungen entsprechen. Es ist zu schließen, ob die Preisabschreibungen zur Wiederholung der Kosten je nach Art und Menge der Produkte den tatsächlichen Kosten entsprechen.

**B. Festpreisregelungen**

1. Bekanntgabe der entsprechenden Festpreispläne der Hersteller an die Kontore und Abteilungen, die damit verbundenen Aufgaben zu übernehmen und Rechenschaft darüber abzulegen.

2. Bekanntgabe der einschlägigen Arbeitskreise und deren Arbeitspläne an die Kontore und Herbeiführung der Mitgliedskreise einer aktiven Mitwirkung des AHU im Arbeitskreis.

3. Übergabe der PAO-Entwürfe an die zuständigen Einkaufs- und Verkaufskontore sowie Erklärung der Aufgaben der Kontore bei der Erarbeitung der Aufgaben 1 - 3, für Beurteilungen und Stellungnahmen zu den PAO-Entwürfen bzw. PAO und deren Ergebnissen. Verantwortlich für die terminmäßige Einholung der Unterlagen an die Abteilung Inlandspreise des MAI.

4. Beschaffung der nach Abschlussfassung durch die Preisvorschlagskommission veröffentlichten PAO und deren Übergabe an die entsprechenden Kontore des AHU.

**C. Preisbewilligungen für Importe**

1. Zusammenfassung der für die Begründung eines Vorschlagpreises notwendigen Angaben der Kontore und Abteilungen (z. B. Techn. Dienst), bei gleichzeitiger Verantwortung für den preispolitisch richtigen Inhalt des Preisvorschlags.

2. Termingesetzte Durchführung des vorgeschriebenen Verfahrens der Preisabschätzung bzw. Zustimmung mit den für die Preisbildung zuständigen Staats- und Wirtschaftsministern.

3. Bekanntgabe gesetzlicher Inlandspreise an die Einkaufskontore des AHU.

**Preisbewilligungen für Exporte**

1. Erläuterung des Verfahrensweges und Inhaltes von Preisabschätzungen in den Kontoren.

2. Erfassung auf die Realisierung von Einsprüchen der Kontoren gegen beschäftigte Preisfestsetzungen.

3. Bekanntgabe gesetzlichen Inlandspreise an die Kontore des AHU.

4. Zusammenstellung der für die Betriebswirtschaftlichen Abteilung, Betriebsrat und evtl. weitere für Untersuchung der tatsächlichen Inhalten, Zweck und Verwendungszweck der Preisabschätzungen.

5. Zusammenstellung finanzieller Ergebnisse der Preisabschätzungen, Analyse in bezug auf die Auswirkungen auf die tatsächlichen Kosten und Preisabschätzungen der Kontore, Bericht an die Leitung des MAI und den Generaldirektor des MAI.

6. Erlassung fiktiver Preisabschätzungen am 1. Mai 1959 in Kiel durch den Leiter der Betriebswirtschaftlichen Abteilung des MAI, Festsetzung des Inlandspreises für Importe.

7. Ab 1. Mai 1959 die Dienstanweisung Nr. 049/54 vom 12.12.1954 durch Kraft erfüllen.

gegenüber dem Bürorat und dem Staatssekretär

**Vorlegung Nr. 126: § 3. Änderung\*) der Verfügung Nr. 63 – Versand von Mustern sowie von Ersatzlieferungen aus Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen im innerdeutschen Handel\*\*** 18. 4. 39 IV-12-623/App. 303

Die bisherige Absatzes des Absatzes A) 2. der Verfügung Nr. 63 wird ab sofort aufgehoben.

Dieser Absatz erhält jetzt folgende Fassung:

A) 2. Muster oder Ersatzlieferungen ohne Warenbe-

- \*) 1. Änderung siehe Verf. u. Mitt. 1959, Nr. 4, S. 30
- 2. Änderung siehe Verf. u. Mitt. 1958, Nr. 7, S. 47

\*\*) siehe Verf. u. Mitt. 1957, Nr. 12, S. 79

gleichen und ohne Globalangabe von und mit abholen, d. h. also, daß es B. die in der Textilbranche üblichen Hefte mit Stoffmustern bis zur Größe von 30 x 50 cm sowie Musterausdrucken gleichen Charakters von der Geschäftsgeschäft befiehlt wird." Die Neufassung dieses Absatzes ist in der Verfügung Nr. 63 entsprechend zu vermerken.

gegen Weiß  
Stellvertreter des Ministers

**Vereinbarung Nr. 127: Mitnahme von Gegenständen aller Art im Reiseverkehr zwischen dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik sowie Westberlin und der DDR**

2. 5. 59/Hu App. 1745

Im Einverständnis mit dem Flugzeugführern für Ausländer Angehörten werden folgende Regelungen:

Bis zum Erhalt entsprechender gesetzlicher Bestimmungen für den überzubrachtenen Reiseverkehr unterliegt der Reiseverkehr zwischen dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik sowie Westberlin und der DDR die nachstehenden aufgeführten Regelungen. Gegenstände nicht der Gewinnungspflicht im Sinne des § 35, Absatz 1, Ziffer 5 der Verordnung vom 9. 1. 1958 über die Durchführung des Außenhandels (GBL I S. 89).

**A. Mitnahme von Reisegegerät**

Jeder Reisende kann das erforderliche Reisegeprät – falls Ausnahme von Kraftfahrzeugen aller Art –, de. so A und Menge d. r Zeitdauer, den Zweck und Ziel der Reise der Jahreszeit, den Lebensgewohnheiten, dem Gesundheitszustand sowie seinem Beruf entsprechen, mitbringen. Hierzu gehören auch die Gegenstände des Hauses, soweit die er bis zur Erreichung des ersten Reiseabschnitts in standigen Wohnsitzes auf direktem Wege mitbringen darf.

Außerdem, Bürger der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin ist die Einführung der Gegenstände in den nachfolgenden Mengen als Reisegeprät zu umgangen freizugeben:

Kekse	1 Kasten bis zu 250 g
Kaffee	250 g
Schokolade u. -waren	250 g
Tabak und -waren	bis zu 250 g
Wein	2 Flaschen bis zu je 1 l
Spirituosen	1 Flasche bis zu 1 l

Die in diesem Abschnitt aufgeführten Gegenstände und Waren dürfen unabhängig von der in den nachfolgenden Abschnitten getroffenen Regelung mitgebracht werden. Die Genehmigung der Mitnahme von Kraftfahrzeugen aller Art als Reisegeprät (vorübergehende Ein- bzw. Ausfuhr) wird durch entsprechende Eintragungen in die Reisedokumente durch die für die Ausstellung der Reisedokumente zuständigen Staatsorgane erteilt.

**B. Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin**

Im Reiseverkehr mit der Deutschen Bundesrepublik bzw. Westberlin regelt sich die Mitnahme von Geschenken gemäß § 6 des vierten Durchführungsbestimmung vom 25. 8. 1954 zum Schutze des innerdeutschen Handels (GBL S. 777) nach den Bestimmungen der Verordnung vom 5. 8. 1954 über den Geschenkpaket- und -geschenkverkehr auf dem Postweg mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland (GBL S. 727) und den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen.

**C. Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland durch DDR-Bürger**

Für die Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland und für die Einführung von im Ausland gekauften Waren durch Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gilt folgende Regelung:

**Ausreise**

Der Reisende darf Geschenke im Gesamtwert bis zu 150,- DM mit sich führen. Die einzelne als Geschenk mitzuführende Ware darf den Wert von 50,- DM nicht übersteigen.

**Wiedereinreise**

Der Reisende darf Geschenke im Gewicht bis zu 20 kg mit sich führen. Die mitgeführten Geschenke dürfen seinen und den Betrieb seiner Familienangehörigen nicht übersteigen.

Der Reisende darf im Ausland gekaufte Waren (soweit diese nicht durch den Abs. H dieser Verfügung erfasst werden) bis zu einem Gesamtwert von 150,- DM DN einführen,

wenn die gekauften Waren seinen und den Betrieb seiner Familienangehörigen nicht übersteigen und er die Rechte erlangt, für Kauf der Waren im Ausland nachzuweisen.

Neben dem vorgenannten darf er Geschenke im Gewicht bis zu 10 kg mit sich führen, wenn die Waren im folgenden Hochstmaß nicht überschreiten:

Kaffee	250 g
Kekse	250 g
Schokolade	300 g
Tabakwaren	50 g

Fleisch und Fleischwaren 5000 g

**D. Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland durch Ausländer**

Für die Mitnahme von Geschenken im Reiseverkehr mit dem Ausland und für die Au-fuhr von in der DDR gekauften Waren durch Ausländer gilt folgende Regelung:

**Einreise**

Der einreisende Bürger darf Geschenke im Gewicht bis zu 20 kg mit sich führen, wenn diese einer üblichen unentbehrlichen Zuwendung entsprechen. Getäfelte Mittel darf er nur bis zu folgenden Hochstmaßen einführen:

Kaffee	250 g
Kakao	250 g
Schokolade	300 g
Tabakwaren	50 g
Fleisch und Fleischwaren	5000 g

**Wiederausreise**

Der Reisende darf Geschenke und in der DDR gekaufte Waren (soweit die letzteren nicht durch den Abs. G dieser Verfügung erfasst werden) bis zum Höchstwert von zusammen 150,- DM der Deutschen Notenbank mit sich führen. Der Wert der einzelen mitzuführenden Waren darf 50,- DM der Deutschen Notenbank nicht übersteigen.

**E. Delegationsgeschenke (ausländische, westdeutsche oder Westberliner Delegationen)**

Die Dienststellen des AZKW können zulassen, daß ausländische, westdeutsche und Westberliner Delegationen und Personen, die auf offizielle Einladung einer Institution in der DDR oder in dem demokratischen Sektor von Groß-Berlin diese besuchen, dürfen bei der Wiederausreise erhaltene Geschenke nur mit einer Au-fuhr genehmigung einführen. Die zuständige Dienststelle des AZKW kann Ausnahmen von der Vorlage der Genehmigung zulassen.

Gegenstände und Waren, die die einzelnen Delegationsmitglieder gemäß in Abschnitt A b. D sowie G und H selbst mit sich führen, werden davon nicht berücksichtigt.

**F. Delegationsgeschenke (DDR-Delegationen)**

Die Dienststellen des AZKW können zulassen, daß die Delegationen und Personen der DDR und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin, die auf offizielle Einladung einer ausländischen, westdeutschen oder Westberliner Institution diese besuchen, die ihnen von den entsprechenden übergeordneten Geschenke-Einführung nehmenden, und im Reiseverkehr mit dem Ausland auch zollfrei einführen, wenn die Beziehe der Förderung frundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zwischen der DDR und den beteiligten anderen Staaten dienen.

Dokumenten und Gegenständen der DDR und der demokratischen Sozialistischen Republik Polen, die von offiziell D.E.-Büchern einer sozialistischen oder Westdeutschen Institution nach dem Antrag A-West ist schriftlich nach den Weisheiten von Groß-Britisches darf in die für diese Institutionen zuständige Ausländer nur mit einer Auflösungsermächtigung ausführen. Gegenstände und Waren, die die einzelnen Dokumente mit dieser gemäß den Abschüssen A bis D sowie G und H selbst mit sich führen, werden davon nicht befreit.

#### **G. Mitnahme von Gegenständen, die durch Devisenumtausch erworben wurden**

Reisende des Auslands, der Deutschland-Bundespublik und Westberlin kommen Waren aller Art, die sie im Rahmen ihres sonstigen persönlichen Bedarfs in der DDR gekauft haben, mit sich führen, wenn sie den ordnungsgemäß Devisenumtausch gegen DM der Deutschen Notenbank oder ein gleichwertiges Bankgeschäft nachweisen können (Umtausch, Abzug, Einzahlung der Deutschen Notenbank) und die Einkaufsquittungen vorlegen.

Als Reisende gelten auch das ausländische, westdeutsche und Westberliner Personal von Beförderungsmitteln aller Art, wenn diese auf Grund zwischenstaatlicher Verträge

zulässiger Auslösung nach DM der DN erhalten und die Einkaufsquittungen, über die im Rahmen ihrer sonstigen persönlichen Bedarfs gekauften Gegenstände vorliegen.

#### **H. Mitnahme von Gegenständen, die durch DDR-Bürger im Ausland, in der Deutschen Bundesrepublik oder in Westberlin erworben wurden**

Reisende der DDR, die während eines Aufenthalts im Ausland, in der Deutschen Bundesrepublik oder in Westberlin Gegenstände des persönlichen Bedarfs (außer Kraftfahrzeugen aller Art) gekauft haben, können diese mit sich führen, wenn sie die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Anschaffung nachweisen können (Eigentum bzw. Zusatzbeschaffung).

1. Diese Verfügung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig wird der Abschnitt VI der Direktive des Ministersiums für Außenhandel und Importexporten Handel über die Neuordnung der Sichtung von Transportdokumenten vom 18. Mai 1955 aufgehoben.

gez. Hüttenrauch  
Staatssekretär

## **II. Mitteilungen**

### **Innerdeutscher Handel: Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen**

20.3.59 IV-11-013/App. 559

Am 5. März 1959 wurde in Leipzig von den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik der nachstehende „Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen“ abgeschlossen.

gen. Weiss  
Stellvertreter des Ministers

#### **Vorgriff für das Jahr 1960 auf noch zu treffende Vereinbarungen**

Die zuständigen Behörden in den Währungsgebieten der DM-West und in den Währungsgebieten der DM-Ost werden Bezug und Lieferung der nachstehend aufgeführten Waren bis zu den angegebenen Wertgrenzen durch Erteilung von Zahlungsgenehmigungen, Bezugsgenehmigungen und Warenbegleitscheinen zu nehmigen:

#### **A. Lieferungen der Währungsgebiete der DM-West**

in Millionen VE

I. Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, der Ziehziehen und Kaltwalzwerke und der Schmied-, Hammer- und Preßwerke	62
II. Erzeugnisse des Bergbaus	15
III. Fertigerzeugnisse	13
	90

#### **B. Lieferungen der Währungsgebiete der DM-Ost**

in Millionen VE

I. Braunkohlenbriketts	36
II. a) Weizen zum Inland-preis	22
b) Weizen zum Transitpreis	13
III. Diesekraftstoff	14
IV. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse (Rundholz)	5
	90

Die zuständigen Behörden in den Währungsgebieten der DM-Ost erklären die Bereitschaft zum kurzfristigen Bezug der

unter A genannten Erzeugnisse und zur kurzfristigen Lieferung der unter B genannten Erzeugnisse.

Die zuständigen Behörden in den Währungsgebieten der DM-West erklären die Bereitschaft, die Lieferung der unter A genannten Erzeugnisse umgehend zu gewähren. Sie erklären ferner, daß die Genehmigung zum Bezug der unter B genannten Erzeugnisse für das Jahr 1960 im vierten Quartal 1959, für die Erzeugnisse der Position II a) zum jahreszeitlich richtigen Zeitpunkt im Jahre 1960, erteilt werden.

Es besteht Einvernehmen über folgende Punkte:

- a) Die sich aus der Wertgrenze für Braunkohlenbriketts in Höhe von 30 Millionen VE ergebende Menge wird auf die für das Jahr 1960 noch zu vereinbarende Menge angerechnet.
- b) Die Wertgrenze für Diesekraftstoff in Höhe von 14 Millionen VE wird auf die für das Jahr 1960 noch zu vereinbarende Wertgrenze der Unterkontos 6 angerechnet.

Die Zahlungen werden über die bei der Deutschen Notenbank und bei der Deutschen Bundesbank geführten Sonderkonten „A“ abgewickelt.

Im übrigen wird den Verhandlungen für die noch abschließenden Warenlisten ab 1960 durch diese Vereinbarung nicht vorgegriffen.

Es gelten die Vereinbarungen im „Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) vom 20. September 1951.“

Leipzig, den 5. März 1959

Für die Währungsgebiete  
der Deutschen Mark  
(DM-West)  
gez. Dr. Leopold

Für die Währungsgebiete  
der Deutschen Mark  
(DM-Ost)  
gez. Behrendt

**Rechts: Bekanntmachung des Protokolls zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) – DDR/Rumänische VR –**

Hiermit wird folgendes bekanntgemacht:

**„PROTOKOLL**

**zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958)**

Zur Erleichterung der Abschlüsse und der Abwicklung der Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Rumänischen Volksrepublik haben das Ministerium für Außenhandel und Innere Handel der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Handel der Rumänischen Volksrepublik vereinbart, daß für oben angeführte Verträge, außer den „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) auch die nach folgenden Bestimmungen Anwendung finden:

**1. Zu § 9:**

Konkrete Liefertermine sind im Vertrag festzulegen. In der Regel sind minutielle Liefertermine zu vereinbaren.

**2. Zu § 29:**

Außer dem im § 29 festgelegten Recht der Endlieferung hat der Verkäufer bei der mit der Eisenbahn zu versendenden Ware auch das Recht, nach Ablauf der Lieferfrist beim Fehlen der Versandinstruktionen die Ware an die Adresse des Käufers zu versenden. Die Absendung der Ware kann jedoch erst dann erfolgen, wenn der Verkäufer den Käufer telegraphisch wegen der fehlenden Versandinstruktionen gemahnt und diese innerhalb von 5 Tagen, gerechnet nach dem Tag der Aufgabe des Telegrammes, nicht erhalten hat.

**3. Zu § 32:**

Die Benachrichtigung über die erfolgte Verladung der Waren hat sofort nach Verladung mittels Telegramm (TM 2) zu erfolgen. Eine Ausfertigung des Telegrammes ist an den Käufer und eine zweite Ausfertigung an das Speditionsunternehmen des Käuferlandes (Deutschland, Berlin bzw. Rumänien, Bukarest) zu richten. Das Telegramm muß die im § 32 vorgesehenen Angaben enthalten.

**4. Zu § 37:**

Vorzeitige Lieferungen bedürfen der Zustimmung des Käufers. Die Durchführung von Teillieferungen ist einem

zum Wert der kontrahierten Ware prozentual in Verhältnis ist ohne Zustimmung des Käufers nicht zulässig.

**5. Zu § 59:**

Die Konventionalstrafe, die der Verkäufer für die Verzögern der Warenlieferung gegenübers dem im Vertrag festgelegten Termintag des Kaufs zu zahlen hat, wird beginnend vom 31. Tage nach Ablauf des Liefertermines berechnet.

**6. Zu § 64:**

Der Käufer hat das Recht, neben den Ansprüchen auf Konventionalstrafe, aber die Konventionalstrafen kann eigentlich nicht anstreben Ansprüche auf Schadensersatz geltend zu machen.

7. Die Bestimmungen dieses Protokolls sind maßgeblich für die Anwendung, die nach dem 1. Januar 1959 zwischen den Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik und den Außenhandelsunternehmen der Rumänischen Volksrepublik abgeschlossen worden sind und sind noch abzuschließen werden. Sie finden ebenfalls Anwendung auf die Verträge im Rahmen des Abkommens über die gegenseitige Warenlieferungen im Jahr 1958, die bereits vor dem 1. Januar 1958 zwischen den Außenhandelsunternehmen beider Länder abgeschlossen worden sind.

8. Dieses Protokoll tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Protokoll zur Ergänzung der „Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Allgemeine Bedingungen des RgW 1958) vom 12. Februar 1958 außer Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 26. März 1959, in je einer Originalfassung in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für das Ministerium für Außenhandel und Innere Handel der Deutschen Demokratischen Republik gez. Unterschrift	Für das Ministerium für Handel der Rumänischen Volksrepublik gez. Unterschrift
Stellvertreter des Ministers	

**Rechts: Direktversand durch Unter- bzw. Zulieferanten der Herstellerbetriebe von Exportwaren in das Ausland**

22. 4. 59 He. App. 1745

Unter nachstehender Voraussetzung können die Unter- und Zulieferanten der Herstellerbetriebe von Exportwaren (im folgenden „Hauptlieferant“ genannt) ihre Erzeugnisse direkt in das Ausland verschicken:

- I. Beim Direktversand durch den Unter- bzw. Zulieferanten des Hauptlieferanten finden für die Zuliefertigung von Exportwaren gemäß des dem Hauptlieferanten vorliegenden EA oder EA T (Teil-Exportvertrag) die Festlegungen des § 14 der Anordnung vom 24. 1. 1958 über die Verfahrensregelung für den Export (GBl. I, S. 92, im folgenden „Anordnung“ genannt) Anwendung. Diese Anordnung ist nur unter der Voraussetzung anwendbar, daß es sich nicht um Exportware handelt, die von der Abfertigung durch ein Binnenzollamt ausgenommen sind und eine Ausfuhrbegrenzung (AZKW-Batt des EA oder EA T) beim zuständigen Grenzkontrollamt hinterlegt ist.
- Die vom Hauptlieferanten auf Grund des § 14 der Anordnung ausstellenden Ausfuhrmeilungen, die von dem

zur den Hauptlieferant inzuftgenden Binnenzollamt bestätigt sein müssen, werden für eine bzw. für mehrere Ausfuhrmeilungen der Unter- bzw. Zulieferanten benutzt werden.

- II. Für die Gültigkeitsdauer der Ausfuhrmeilungen gelten folgende Grundsätze:

Von am § 10 der Anordnung festgelegte Gültigkeitsdauer der Ausfuhrmeilung von 8 Wochen, gerechnet vom Tage der Ausstellung der Ausfuhrmeilung, fridt für die auf Grund des § 14 der Anordnung von Binnenzollamt des Hauptlieferants bestätigten Ausfuhrmeilungen je eine Anwendung. Statt dessen sind für jede Ausfuhrmeilung eine Vierwochenszeitraum anzusetzen.

- III. Für vom Binnenzollamt des Hauptlieferanten auf Grund des § 14 bestätigte Ausfuhrmeilungen, die in einer Ausfuhrmeile erfüllt werden, wird die Gültigkeitsdauer von 8 Wochen im Sinne des § 10 der Anord-

nung erst vom Zeitpunkt der Zollabfertigung an gerechnet.

b) Für vom Binnenkontrollamt des Hauptlieferanten auf Grund des § 14 der Anordnung bestätigte Ausfuhrmeldungen, die nicht in einer Ausfuhrerklärung erledigt werden (sogenannte „Globalausfuhrmeldungen“), wird keine Gültigkeitsdauer festgelegt. Diese „Globalausfuhrmeldungen“ werden nur nach voller Auslieferung oder durch Widerruf ungültig.

c) Die auf Grund dieser „Globalausfuhrmeldungen“ für die jeweiligen Teilsendungen dann von den Unter- bzw. Zulieferanten ausgestellten Ausfuhrmeldungen werden wie jede andere Ausfuhrerklärung im Sinne des § 10 der Anordnung behandelt und verfallen 8 Wochen nach dem Tage der Ausstellung.

III. Wird durch Berichtigung bzw. Änderung der beim Hauptlieferanten vorliegenden RA oder EAT/R reduziert (mengen- und/oder wertmäßig) oder werden Stornierungen bzw. Annahlerungen vorgenommen, so ist der Hauptlieferant verpflichtet, die von der Berichtigung, Änderung, Stornierung oder Annahme betroffenen bestätigten Ausfuhrerklärungen bzw. „Globalausfuhrmeldungen“ von den

Unter- bzw. Zulieferanten sofort zurückzufordern und darf neue Ausfuhrerklärungen bzw. „Globalausfuhrmeldungen“ auszustellen.

IV. Für die Ausstellung von Ausfuhrerklärungen sind folgende Grundsätze maßgebend:

Die vom Hauptlieferanten auf Grund des § 14 der Anordnung seinem zuständigen Binnenkontrollamt zur Be-tätigung vorzulegenden Ausfuhrerklärungen müssenlichen einer ausführlichen Spezifikation grundsätzlich auch die Angaben über Stückzahl, Wert und Gewicht enthalten. In Ausnahmefällen kann

a) auf die Gewichtsangaben verzichtet werden, wenn genaue Stückzahl- und Wertangaben vorhanden sind. In diesem Falle sind die Gewichtsangaben bei Versand von den Unter- bzw. Zulieferanten einzusetzen.

b) auf die Stückzahlangaben verzichtet werden, wenn genaue Gewichts- und Wertangaben vorhanden sind. In diesem Falle sind die Stückzahlangaben bei Versand von den Unter- bzw. Zulieferanten einzusetzen.

ges. Hüttenrauch  
Staatssekretär

### Recht: Anordnung über die Ausfuhr und Einfuhr von Werbematerial im Außenhandel und innerdeutschen Handel

30. 4. 59 Hu.App. 1745

Im GB I, S. 176 (Nr. 16 vom 20. 2. 59) ist folgende Anordnung enthalten:

„Anordnung  
Über die Ausfuhr und Einfuhr von Werbematerial im Außenhandel und innerdeutschen Handel vom 10. Februar 1959.  
Im Einvernehmen mit der staatlichen Plankommission, dem Minister des Innern, dem Minister für Verbrauchswaren und dem Minister für Post- und Fernmeldewesen wird folgendes angeordnet:

#### Allgemeine Bestimmungen

§ 1  
Für die Ausfuhr von Werbematerial aller Art (gedrucktes und sonstiges Werbematerial) in das Ausland, die Deutsche Demokratische Republik und Westberlin sowie für die Einfuhr von Werbematerial aller Art aus dem Ausland, der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin finden die nachstehenden Bestimmungen, die auch für die Einfuhr von Werbematerial im Postverkehr entsprechend gelten, Anwendung.

#### § 2

(1) Als gedrucktes Werbematerial des Außenhandels und innerdeutschen Handels im Sinne dieser Anordnung gelten Kataloge, Prospekte, Broschüren, Firmenzeichen, Plakate und sonstige Geschäftsdurchschüsse, die durch bestimmt sind, den Kundenkreis im Ausland, in der Deutschen Demokratischen Republik oder Westberlin bzw. in der Deutschen Demokratischen Republik über bestimmte geschäftliche und technische Verhältnisse zu unterrichten. Darunter fallen auch Bedienungsanweisungen, Gebrauchsanweisungen und Gerätekennzeichnungen, soweit sie Werbematerial dienen.

(2) Als sonstiges Werbematerial des Außenhandels und innerdeutschen Handels im Sinne dieser Anordnung gelten solche Gegenstände, die auf Grund ihrer Beschaffenheit und Herstellungsart keine Druckgenehmigungsnummer erhalten (z. B. Pappkästen, Werbefotos, Zeichnungen, Fullfederhalter, Aufkleber usw.) und die dem Geschäftspartnern üblicherweise zum Zeichen bestehender oder anzubauender Geschäftsverbindungen überreicht werden.

(3) Muster und Proben von Erzeugnissen, die der vorstehende Betrieb hergestellt hat oder herstellt sowie technische Zeichnungen und Dokumentationen gelten nicht als Werbematerial im Sinne dieser Anordnung.

#### Ausfuhr

#### § 3

(1) Die Ausfuhr von gedrucktem Werbematerial bedarf keiner Genehmigung, wenn

a) das zum Versand kommende Werbematerial mit einer früher vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel erteilten TRPT-Nummer versehen ist,

b) das zum Versand kommende Werbematerial mit einer vom zuständigen Außenhandelsunternehmen erteilten Druckgenehmigungsnummer versehen ist.

(2) Auf der Sendung und in den Begleitpapieren ist deutlich sichtbar folgender Vermerk anzubringen:

„Werbematerial — mit Druckgenehmigungsnummer“.

#### § 4

(1) Die Ausfuhr von sonstigem Werbematerial bedarf keiner Genehmigung, wenn dieses durch die Angabe eines Werbeträters, des Betriebes u. a. auf dem jeweiligen Gegenstand deutlich als Werbematerial erkennbar ist.

(2) Auf der Sendung und in den Begleitpapieren ist deutlich sichtbar folgender Vermerk anzubringen:

„Werbematerial — ohne Druckgenehmigungsnummer“.

#### § 5

(1) Die Ausfuhr von Werbematerial aller Art ist auf dem Eisenbahn-, Straßen-, Wasser-, Luft- oder Postweg zuge lassen.

(2) Erfolgt der Versand auf dem Eisenbahn-, Straßen-, Wasser- oder Luftweg, so ist die Sendung vor Versand der örtlich zuständigen Dienststelle des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vorzuführen.

(3) Erfolgt der Versand auf dem Postweg, so ist die Sendung beim örtlich zuständigen Postamt aufzuliefern. Die Deutsche Post führt im Auftrag des Versenders die Sendung der örtlich zuständigen Dienststelle des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs zur Kontrolle vor.

#### Einfuhr

#### § 6

(1) Die Einfuhr von gedrucktem und sonstigem Werbematerial bedarf keiner Genehmigung, sofern dieses Werbematerial nicht gewetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik widerspricht.

(2) Die Einfuhr von gedrucktem und sonstigem Werbematerial ist nur an die nachfolgend genannten Empfänger zugelassen:

a) Organe der staatlichen Verwaltung,  
b) Kammer für Außenhandel,  
c) Außenhandels-Werbegewellschaft mbH.

d) Außenhandelsunternehmen.

e) Handelsvertretungen ausländischer Staaten.

(3) Für die Einfuhr von Werbematerial durch Aussteller auf Messen und Ausstellungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ist das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenaufkommens berechtigt, Ausnahmen von den im Abs. 2 zum Empfang von Werbematerial berechtigten Empfängern zuulassen.

§ 7

(1) Die Einfuhr von Werbematerial aller Art ist auf dem Eisenbahn-, Straßen-, Wasser-, Luft- oder Postweg zugelassen.  
(2) Die Sendungen unterliegen der Kontrolle durch die zuständigen Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenaufkommens.

Wiederaus- bzw. -einfuhr

§ 8

(1) Eingeführtes Werbematerial kann ohne Genehmigung wieder zur Ausfuhr gebracht werden.  
(2) Abnehmer dürfen nur die gemäß § 6 zum Empfang von eingeführtem Werbematerial Berechtigung sein.  
(3) Für die Abfertigung durch die Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenaufkommens findet der § 5 dieser Anordnung entsprechende Anwendung.

§ 9

(1) Ausgeführtes Werbematerial kann ohne Genehmigung wieder zur Einfuhr gebracht werden.  
(2) Für die Abfertigung durch die Dienststellen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenaufkommens findet der § 7 dieser Anordnung entsprechende Anwendung.

Schlußbestimmungen

§ 10

(1) Diese Anordnung tritt 4 Wochen nach ihrer Verkündung in Kraft.  
(2) Gleichzeitig treten die Anordnung vom 12. August 1953 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBL I, S. 576) sowie die Anordnung Nr. 2 vom 20. Dezember 1950 über die Neuregelung des Versandes von Werbematerial aus der Deutschen Demokratischen Republik (GBL I 1957, S. 34) außer Kraft.

Berlin, den 16. Februar 1959

Der Minister  
für Außenhandel und Innerdeutschen Handel  
R. a. a.  
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates"